



FRIEDENSGUTACHTEN 2002

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Bonn International Center for Conversion (BICC)
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)

herausgegeben von
Bruno Schoch, Corinna Hauswedell, Christoph Weller,
Ulrich Ratsch und Reinhard Mutz

LIT

2.3. Nach dem Regimewechsel in Afghanistan – Mehr regionale Sicherheit und Stabilität in Asien?

Das letztjährige Friedensgutachten schätzte die Aussichten für ein baldiges Ende des afghanischen Bürgerkriegs und der radikal-islamistischen Taliban-Herrschaft pessimistisch ein. Überkommenes regionales Vormachtstreben in Verbindung mit der strategischen Bedeutung des zentralasiatischen Raums für die Sicherung des Zugangs zu den fossilen Brennstoffen am Kaspischen Meer hatte die beteiligten Akteure in ein politisches Nullsummendenden gezwungen, das eine internationale Koalition gegen die Taliban und für einen stabilen Frieden in Afghanistan unmöglich zu machen schien. Damit war gleichzeitig klar, dass man dem islamistischen Terror, der von afghanischem Boden ausging, nicht würde wirksam begegnen können. Die von den Vereinten Nationen in den Jahren 1999 und 2000 gegen das Taliban-Regime verhängten Sanktionen beurteilten wir eher skeptisch, da sich die Taliban aus unterschiedlichen Gründen als "sanktionsresistent" erwiesen hatten und allenfalls ihre weitere Radikalisierung drohte (Friedensgutachten 2001, Beitrag 3.1.).

Der 11. September 2001 bildete eine Zäsur, deren Auswirkungen nicht nur die politische Situation in Afghanistan grundlegend veränderte. Sie führte auch zu neuen Interessenkonstellationen in der zentral- und südasiatischen Krisenregion und beeinflusste darüber hinaus die inner- und zwischenstaatlichen Kräfteverhältnisse in Südost- und Nordostasien. Aus derzeitiger Perspektive (April 2002) könnten diese Entwicklungen durchaus zu Optimismus Anlass geben: Erstmals in der mit Kriegen und Gewalt belasteten Geschichte Afghanistans besteht die Chance einer nachhaltigen, von der internationalen Gemeinschaft gestützten Befriedung des Landes. Dabei spielen die genannten Kräfteverschiebungen in Zentralasien die entscheidende Rolle. So führte die von den USA zusammengeschmiedete internationale Antiterrorkoalition sehr schnell zu einer politischen Annäherung zwischen den USA, Russland und der VR China. Auch Iran schloss sich dieser Allianz zunächst – zumindest verbal – an. Vor allem konnte Pakistan zu einer Abkehr von seiner bisherigen Afghanistanpolitik bewegt werden. Die Regierung Musharraf distanzierte sich von den Taliban und stellte sich sogar offen gegen die extremistischen religiösen Gruppen im eigenen Land – ohne dass dies zu der befürchteten Desintegration des pakistanischen Staates geführt hätte. Zwar drohte der indisch-pakistanische Konflikt um die Jahreswende kurzzeitig zu eskalieren, als sich die indische Regierung unter dem Eindruck der internationalen Aufwertung Pakistans zu einer aggressiveren Politik gegenüber Islamabad in der Kaschmirfrage veranlasst sah; doch ebte diese Auseinandersetzung bald wieder ab und hat vielleicht sogar neuen Raum für eine Lösung des Kaschmirkonflikts eröffnet. So gesehen ist der Kampf gegen die Taliban und das Al Qaida-Netzwerk des Usama Bin Laden zum Katalysator für eine neue Kooperationsbereitschaft der wichtigsten staatlichen Akteure in der zentral- und südasiatischen Region geworden. Ob sich diese positive Entwicklung vertiefen kann, wird sich nicht zuletzt am Erfolg des afghanischen Neuanfangs ablesen lassen. Alles hängt davon ab, ob der Schock des 11. September das alte Nullsummendenden und das überkommene Vormachtstreben in Zentralasien obsolet gemacht hat.

An diesem Punkt gibt es allerdings genügend Grund zu Skepsis oder gar Pessimis-

mus. So droht der von den USA dominierte “Krieg gegen den Terror” nach dem Sieg in Afghanistan nunmehr gegen die von Präsident George W. Bush beschworene “Achse des Bösen” weitergeführt zu werden – gegen jene “Schurkenstaaten” also, die den internationalen Terrorismus angeblich besonders fördern. Dazu zählen aus der Sicht der Bush-Administration namentlich der Irak, Iran und Nordkorea. Die zweite Phase des “Antiterrorkriegs” könnte endgültig einen neuen Unilateralismus der USA einläuten, der auf völkerrechtliche Belange keine Rücksicht mehr nimmt und die Welt mit verbaler, wirtschaftlicher und militärischer Macht in die zwei bekannten Lager teilt: die Guten und die Bösen.

Die ostasiatischen Fernwirkungen des 11. September sind nicht minder brisant und zweischneidig. Auch dort haben sich alle Regierungen mehr oder weniger deutlich auf die Seite der USA bzw. der Antiterrorkoalition geschlagen. So verständigte sich die politische Klasse Japans auf neue Gesetze, die den Streitkräften des Landes zukünftig logistische Unterstützungsoperationen in einem z.B. von den USA geführten Militäreinsatz *out of area* ermöglichen. Damit hat die lang währende Debatte über eine neue strategische Rolle der japanischen *Self Defense Forces* einen qualitativen Schritt in Richtung regulärer, auch offensiv ausgerichteter, Streitkräfte getan. Zwar hielt sich die VR China aus Rücksicht auf die USA mit einer allzu herben Kritik an der japanischen Regierung zurück. Doch kann ihr an einer neuen außen- und sicherheitspolitischen Rolle für die japanischen Streitkräfte ebenso wenig gelegen sein wie an einem Ausbau der Sicherheitspartnerschaft zwischen Tokio und Washington. Diese wird in Beijing als gefährliches Hindernis für eine selbstbestimmte Lösung der “Taiwanfrage” gesehen. Auch der nach dem 11. September zu beobachtende Einflusszuwachs der USA in Südostasien wird von der VR China beargwöhnt und birgt vor dem Hintergrund des drohenden neuen Unilateralismus Washingtons und der Fragilität des sino-amerikanischen Verhältnisses sicherheitspolitische Risiken.

Die Lage in Afghanistan

Genau einen Tag vor der Flucht der letzten Taliban-Truppen aus ihrer Hochburg Kandahar im afghanischen Süden am 6. Dezember 2001 haben auf dem Bonner Petersberg unter Vermittlung der Vereinten Nationen Vertreter verschiedener ethnischer und politischer Gruppen ein Abkommen über die Einsetzung einer Interimsregierung (*Interim Authority*) für Afghanistan unterzeichnet. Angeführt von dem Paschtunenführer Hamid Karzai, wurde diese am 22. Dezember ins Amt gesetzt. Sie soll in enger Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft den wirtschaftlichen und politischen Neuaufbau am Hindukusch einleiten. Das Petersberger Abkommen sieht vor, dass der ehemalige afghanische König Zahir Schah binnen sechs Monaten nach Einsetzung der Interimsregierung eine erste *loya jirga* einberuft – einen Obersten Rat, der den höchsten Entscheidungsinstanzen der alten afghanischen Stammesordnung nachgebildet ist. Diese *loya jirga*, in der knapp 1.500 Vertreter aller afghanischen Volksgruppen und Stämme vertreten sein werden, soll eine neue Übergangsregierung (*Transitional Authority*) berufen und ein Staatsoberhaupt ernennen. Innerhalb von 18 Monaten wird dann eine zweite *loya jirga* konstituiert, die eine Verfassung ausarbeiten und den Weg für freie Wahlen – nicht später als zwei Jahre nach Einsetzung der ersten *loya jirga* – bereiten soll.

Die Administration Karzai wurde anhand eines ethnischen Proporztes gebildet, der auch zukünftig für das Funktionieren einer gesamtnationalen Administration unverzichtbar sein wird. So setzt sich die Ministerriege aus elf Paschtunen, acht Tadschiken, fünf schiitischen Hazari, drei Usbeken und drei Mitgliedern kleinerer ethnischer Gruppen zusammen. Prominenteste Figuren sind neben Karzai die gemäßigten, im Westen ausgebildeten, Politiker Younis Qanuni (Inneres) und Abdullah Abdullah (äußeres). Sie waren beide enge Vertraute des im September 2001 – kurz vor den Terroranschlägen von New York und Washington – vermutlich von Al Qaida-Attentätern ermordeten Anführers der Nordallianz Ahmad Shah Massoud. Ob die Interimsregierung die vielen anstehenden Aufgaben – v.a. die Einrichtung einer Zentralbank, den Aufbau eines Justizsystems, funktionsfähiger Ordnungskräfte und einer Zivilverwaltung sowie die Berufung einer unabhängigen Menschenrechtskommission – bewältigen und sich als nationales Ordnungs- und Integrationszentrum behaupten kann, hängt vor allem von drei Bedingungen ab: Erstens, dem dauerhaften Zufluss von umfangreichen Finanzmitteln aus dem Ausland, die vom *United Nations Development Programme* auf rund 15 Milliarden US-Dollar für die nächsten zehn Jahre veranschlagt worden sind; zweitens, von einer längerfristigen Präsenz der derzeit 4.800 Soldaten starken *International Security Assistance Force* (ISAF) für Afghanistan, die laut Petersberger Abkommen für die Sicherheit in und um Kabul, später auch in anderen Gebieten sowie für den Aufbau regulärer afghanischer Polizei- und Streitkräfte verantwortlich ist; und drittens, von der Bereitschaft der mächtigen Stammesfürsten und regionalen Truppenführer, dauerhaft mit der Regierung zusammenzuarbeiten.

Obwohl sich die Staatengemeinschaft im Januar im Rahmen einer internationalen Geberkonferenz auf die notwendigen Summen für den afghanischen Wiederaufbau verständigt hat, die unter europäischer Führung stehenden Truppenkontingente der UNO sich auf eine längere Anwesenheit in Afghanistan einrichten und auch jüngere Berichte von erneut aufflammenden lokalen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen *warlords* die Interimsregierung in Kabul noch nicht wirklich delegitimiert haben, ist die Lage in dem von Krieg und Verwüstung gezeichneten Land alles andere als stabil. Vor allem die Versorgung der zu Jahresbeginn laut UN-Angaben rund sechs Millionen von Hunger bedrohten Afghanen wird noch auf absehbare Zeit Schwierigkeiten bereiten, obwohl die internationalen Hilfsorganisationen zum größten Teil ins Land zurückgekehrt sind.

Neue Kooperation in Zentralasien?

Abgesehen von den inneren Problemen des Wiederaufbaus hängt die politische Zukunft Afghanistans stark von den Interessenlagen der regionalen politischen Akteure ab. Letztere werden auch maßgebend für die Stabilität in Zentralasien sein, wo eine Reihe nur wenig konsolidierter Staaten bereits seit Jahren von radikal-islamistischen Widerstandsgruppen bedroht sind. Haben sich die wichtigsten Parameter dieser Interessenlagen seit dem 11. September so geändert, dass daraus Frieden und Sicherheit entstehen können? Wie belastbar ist in diesem Zusammenhang die neue Nähe zwischen den USA und Russland sowie zwischen den USA und der VR China? Auf den ersten Blick spricht viel dafür, dass der gemeinsame Wunsch einer wirksamen Bekämpfung des gewaltbereiten Islamismus die Regierungen in Washington, Moskau und Beijing längerfristig aneinander binden könnte. So bemüht sich die russische Regierung unverändert darum, die islamistische Bedrohung

ihrer zentralasiatischen Nachbarstaaten zu bannen. Auch geht es ihr darum, den Widerstand in Tschetschenien vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit als Terrorismus zu delegitimieren. Für beide Ziele bietet die von den USA angeführte Antiterrorcoalition zweifellos ein nützliches Instrument. Allerdings will sich Russland dabei die politische Suprematie in der eigenen Peripherie auf keinen Fall nehmen lassen und blickt deshalb mit Argwohn auf die US-amerikanische Truppenpräsenz in Usbekistan (ca. 2.000 Soldaten) und Kirgistan (ca. 3.000 Soldaten), die den gewachsenen Einfluss Washingtons in Zentralasien ebenso dokumentiert wie das Bestreben der genannten Staaten, sich mit Hilfe der USA aus der Umklammerung Russlands zu befreien. Dabei strebt ein Land wie Usbekistan, das mit einer besonders gut organisierten Widerstandsbewegung, dem *Islamic Movement of Usbekistan*, konfrontiert ist, sogar nach einer regionalen Vormachtstellung gegenüber den anderen zentralasiatischen Republiken.

Ähnlich ambivalent wirkt sich der Einflusszuwachs der USA in Zentralasien auf das sino-amerikanische Verhältnis aus. Einerseits hat die Antiterrorcoalition der chinesischen Regierung bisher genützt, weil sie dadurch kostengünstig ihre Beziehungen zu den USA verbessern und die Kritik Washingtons an der Unterdrückung des uighurischen Widerstands zumindest abschwächen konnte. Andererseits widerspricht eine langfristige Stationierung US-amerikanischer Soldaten in Zentralasien chinesischen Sicherheitsinteressen, vor allem mit Blick auf den Zugang zu den Erdöl- und Erdgasreserven am Kaspischen Meer. Die sich abzeichnende engere Zusammenarbeit der zentralasiatischen Republiken mit Washington unterläuft das langjährige Bestreben Beijings, durch eine Fülle von bilateralen Verträgen sowie mit Hilfe der multilateral angelegten *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) die eigene Position in Zentralasien systematisch zu stärken. Die SCO, der neben China und Russland auch Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan angehören, geht auf eine chinesische Initiative zurück. Als regionaler Ordnungsfaktor mit tendenziell anti-amerikanischer Ausrichtung hat sie sich auch die koordinierte Bekämpfung radikal-islamistischer Gruppen zum Ziel gesetzt. Jetzt droht der VR China ein erheblicher Gesichtverlust, weil die SCO gerade in diesem Punkt wenig bewirkt hat und durch die sichtbare Ausrichtung Zentralasiens auf die USA zur Makulatur zu werden droht. Deshalb könnte sich der derzeitige Frühling in den sino-amerikanischen Beziehungen sehr bald als Oberflächenphänomen entpuppen und wieder grundsätzlichen geostrategischen Interessen Beijings zum Opfer fallen.

Einen besonderen Stellenwert für die Stabilität Zentralasiens haben die Erdöl- und Erdgasreserven am Kaspischen Meer. Auch wenn sie für die zukünftige Weltenergieversorgung weniger bedeutsam sind als die Reserven am Persischen Golf, so wäre es naiv zu glauben, sie hätten keine Rolle für die militärische Intervention in Afghanistan gespielt. Vielmehr war die von dort ausgehende islamistische Bedrohung schon lange als Gefahr für die Erdöl- und Erdgasgewinnung in der Region eingestuft worden. Faktisch haben zahlreiche Länder ein hohes Interesse daran, ihren Zugriff auf die Energieressourcen in und um das Kaspische Meer langfristig abzusichern. Wie wirken sich nun die politischen Veränderungen in Afghanistan auf den Ressourcenkonflikt in Zentralasien aus?

Hier ist für die USA ein stabiles Afghanistan nach wie vor deshalb besonders wichtig, weil dadurch Iran als Transitland für Pipelines aus dem Kaspischen Raum in Richtung Süd- und Südostasien umgangen werden kann. So unterstützt die Regierung in Washington seit einigen Jahren das Projekt der US-amerikanischen Erdölfirma Unocal und des

saudi-arabischen Unternehmens Delta, eine Pipeline für turkmenisches Erdgas und Erdöl durch Afghanistan zum pakistanischen Multan zu bauen – ein Vorhaben, das sich ungeachtet seiner antiiranischen Stoßrichtung aufgrund der anfallenden Transitgebühren für die Regierung in Kabul nun entwicklungspolitisch gut verkaufen lässt. Auch die von der US-Regierung in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie über den Bau einer Erdgasleitung von Turkmenistan durch das Kaspische Meer nach Aserbaidschan und von dort weiter nach Georgien und in die Türkei entspringt vor allem einer gegen Iran gerichteten Politik. Ansonsten verfolgt Washington in Zentralasien das Ziel, die Ausbeutung und den Transport des kaspischen Öls und Gases nicht allein Russland zu überlassen und setzt sich deshalb – wenn auch bisher vergeblich – für den Bau einer Pipeline von aserbaidschanischen Baku über Georgien in die Türkei ein. Die strategischen Interessen der USA konvergieren mit der – wenn auch taktisch bedingten – pro-amerikanischen Ausrichtung der meisten zentralasiatischen und kaukasischen Republiken sowie Pakistans und stehen russischen, chinesischen und iranischen Interessen in der Region zweifellos entgegen. Insofern dürften der wachsende politische Einfluss Washingtons in Zentralasien und ein pro-westliches Afghanistan die Konflikte in der Region verschärfen, zumindest aber verfestigen.

Allerdings ist diese Schlussfolgerung in mancher Hinsicht zu relativieren. Zunächst ist die überholte Vorstellung zurückzuweisen, dass die Interessen von Regierungen und nationalen Erdölgesellschaften identisch seien. Gerade am Kaspischen Meer werden die Energiereserven von multinationalen Unternehmen oder national paritätisch besetzten Konsortien erschlossen, die in erster Linie an der Rentabilität ihrer Projekte und nicht am einzelstaatlichen Machtzugewinn interessiert sind. Moskau etwa stimmte 1997 der Teilprivatisierung des *Caspian Pipeline Consortium* (CPC) zu, das 1992 von Russland, Kasachstan und Oman zur Erschließung des kasachischen *Tengiz*-Feldes gegründet wurde. Die politisch brisante Entscheidung, 50 Prozent der Anteile des CPC in die Hände US-amerikanischer, europäischer und auch russischer Erdölfirmer zu geben, war vor allem ökonomisch motiviert. Abgesehen davon lassen sich auch die Regierungen der zentralasiatischen Förderstaaten in ihrem Handeln nicht völlig von ihrer mehr oder minder ausgeprägten pro-amerikanischen bzw. russlandkritischen Haltung leiten. So hat Moskau durch die stärkere Ausrichtung seiner Zentralasien- und Kaukasuspolitik an ökonomischen Effizienzkriterien Boden gut gemacht: Die steigende Energienachfrage Russlands sorgt dafür, dass Turkmenien heute in zunehmendem Maße Erdgas nach Russland liefert. Enge Beziehungen bestehen auch zwischen Russland und Kasachstan, die beide die bisher größte Pipeline für Kaspisches Öl betreiben. Schließlich kooperieren auch die USA und Russland bei einigen Pipelineprojekten zum Transport aserbaidschanischen Erdöls.

Insgesamt ergibt sich der Eindruck einer zunehmend kooperativen Erschließung der kaspischen Erdöl- und Erdgasreserven, der erheblich von dem in den Medien oft geradezu mythisch überhöhten Bild geopolitisch auftrumpfender Groß- und Mittelmächte im Stil des 19. Jahrhunderts abweicht. Die Befriedung Afghanistans und die politische Neuorientierung in Pakistan verstärken diesen Eindruck noch. Allein die Spannungen zwischen Iran und den USA setzen einem sicherheitspolitischen Optimismus Grenzen. Der Vorwurf Washingtons, Teheran befände sich auf einer „Achse des Bösen“ mit Irak und Nordkorea, wird die Blockadepolitik der USA gegen das Streben Teherans nach einer rentablen „Energievernetzung“ mit der zentralasiatischen Region vorläufig zementieren. Da die großen Ölfirmer schon heute über genügend Ausweichmöglichkeiten für ihre Pi-

pelineprojekte verfügen, also nicht unbedingt auf Iran als Transitland angewiesen sind, und weil es nicht in ihrem Interesse liegt, sich der Iran-Politik der USA zu widersetzen, kann Teheran gegenwärtig als der große Verlierer der "afghanischen Wende" bezeichnet werden. Deshalb bleibt das sich formierende zentralasiatische "Energiekartell" sicherheitspolitisch deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurück: Der Ausschluss Irans von der profitablen Erschließung der Erdöl- und Erdgasfelder in Zentralasien fördert dort den Antiamerikanismus und entwertet die positive Rolle, die Teheran bei der Finanzierung des Wiederaufbaus in Afghanistan spielt. Er trägt damit auch zur Stärkung der anti-westlichen konservativen Geistlichkeit gegenüber den Reformkräften bei.

Neue Aussichten für eine indisch-pakistanische Aussöhnung?

Sehr bald nach der US-Intervention in Afghanistan verschärfte sich kurzfristig der seit Jahrzehnten schwelende Kaschmir-Konflikt. An der Jahreswende 2001/2 schienen Pakistan und Indien auf eine neue kriegerische Auseinandersetzung zuzusteuern. Auslöser war ein bewaffneter Angriff pakistanischer Extremisten auf das indische Parlament in Delhi am 13. Dezember, der 14 Menschen – darunter die Attentäter – tötete. Eigentlicher Hintergrund der sich daraufhin gefährlich zuspitzenden indisch-pakistanischen Spannungen war jedoch die Unzufriedenheit der indischen Regierung mit den spürbaren Verbesserungen der Beziehungen zwischen Pakistan und den USA, nachdem die Regierung Musharraf Washington seine aktive Unterstützung bei der Verfolgung der Terroristen zugesagt hatte. Die Abkehr Islamabad vom Taliban-Regime reduzierte die in den neunziger Jahren von Indien erzielten diplomatischen "Geländegewinne" in der Gunst Washingtons. Dies musste sich nach indischer Wahrnehmung negativ auf das Ziel Delhis auswirken, im Fahrwasser der US-geführten Antiterrorcoalition neuen Druck auf die Regierung Musharraf auszuüben, ihre Unterstützung für den antiindischen Widerstand in Kaschmir aufzugeben und die von Pakistan aus operierenden militanten Extremisten und Separatisten abzuziehen.

Tatsächlich ist die Neuausrichtung der pakistanischen Afghanistanpolitik nach dem 11. September, die auch eine Wende in der Behandlung der eigenen radikal-islamistischen Opposition darstellt, von weitreichender Bedeutung. Dabei wurde die Stärke der zahlreichen radikal-islamistischen Gruppen und Parteien in Pakistan, die der Regierung Musharraf wegen ihrer "Anbiederung" an die USA mit einem Bürgerkrieg drohten, anscheinend erheblich überschätzt. Nicht einmal unmittelbar nach dem Beginn des US-Bombardements in Afghanistan gelang es den Extremisten, mehr als 25.000 Menschen für Proteste zu mobilisieren. Die Regierung musste lediglich Polizeikräfte einsetzen, um diese unter Kontrolle zu halten und namhafte Führer der Islamisten unter Hausarrest zu stellen. Ende Dezember verbot die Regierung Musharraf sogar zwei der einflussreichsten islamistischen Parteien – die in Kaschmir besonders aktiven Gruppen *Jaish-i-Muhammad* und *Lashkar-i-Tayyiba* – und verhaftete Hunderte von deren Anhängern. Zwar sind seitdem Meldungen verbreitet worden, dass beide Gruppierungen weiterhin aktiv sein sollen; es ist aber nicht zu bezweifeln, dass Präsident Musharraf die von ihm eingeleitete Entflechtung der Regierungspolitik Pakistans von radikal-islamistischer Einflussnahme konsequent verfolgen will. Dafür spricht auch, dass er das System der rund 20.000 *madrasahs* – jener Koran-Schulen, aus denen ein großer Teil der Taliban hervorgegangen ist

und aus denen sich auch der Nachschub an Widerstandskämpfern in Kaschmir speist – einer strengeren offiziellen Aufsicht unterwerfen und damit die Rekrutierungsbasen der radikal-islamistischen Gruppen stärker kontrollieren will.

Hinter diesen Maßnahmen steht ein säkulares Politikverständnis, das ungeachtet der Knebelung der demokratischen Institutionen den Islamismus als Hauptfeind des pakistanischen Staates ausgemacht hat. Offensichtlich ist es Musharraf gelungen, die Militärführung auf seine Linie einzuschwören und den mächtigen Geheimdienst *Inter-Services Intelligence Agency* (ISI), der seit den neunziger Jahren als Staat im Staate agieren konnte – in die Schranken zu weisen. Wenn die Regierung Musharraf ihre Allianz mit den Islamisten aber wirklich aufgekündigt hat, dann könnten daraus neue Chancen für einen indisch-pakistanischen Kompromiss in der Kaschmirfrage entstehen.

Zweifellos hat die Regierung Musharraf an interner Herrschaftslegitimation gewonnen und hat die Unterstützung der Antiterrorkoalition ihr auch ökonomisch in hohem Maße genutzt – durch die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen und die Bewilligung von neuen Krediten seitens der USA und der internationalen Geber. Nun stellt sich die Frage, ob Islamabad diesen Legitimationsgewinn auch für eine neue Kaschmirpolitik nutzen will. Nicht wenig hängt dabei von der Entschlossenheit der USA ab, ihr politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um Indien und Pakistan zu neuen Verhandlungen zu bewegen. Ungeachtet des militärischen Säbelrasselns zur Jahreswende scheinen die Aussichten dafür mittel- bis langfristig gewachsen zu sein. Denn auch Indien wird sich dem Druck für eine neue Gesprächsrunde, der von der “Rehabilitierung” Pakistans sowie von dessen neuen kritischen Umgang mit den in Kaschmir aktiven radikal-islamistischen Widerstandsgruppen ausgeht, nicht einfach entziehen können.

Kräfteverschiebungen in Ostasien

Auf den ersten Blick weniger ersichtlich als in Zentralasien, hat der politische und militärische Einfluss Washingtons auch in Ostasien nach dem 11. September zugenommen. Besonders augenfällig wurde dies Anfang Februar mit der Unterstützung der philippinischen Regierung durch 660 US-“Militärberater” bei ihrem Kampf gegen die militante *Abu Sayyaf*-Gruppe auf der Insel Basilan. Obwohl *Abu Sayyaf* wiederholt als islamistisch bezeichnet worden ist und sich die Gruppe selbst mit diesem Etikett schmückt, handelt es sich hier wohl eher um eine kriminelle Bande, die von erpressten Lösegeldern für entführte Geiseln lebt. Einiges spricht dafür, dass das US-Kontingent das Terrain sondieren will für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung der philippinischen Streitkräfte mit der viel wichtigeren *Moro Islamic Liberation Front* (MILF), der Verbindungen zu international agierenden Islamisten und Al Qaida nachgesagt werden. Die MILF ist mit 15.000 Kämpfern die schlagkräftigste Rebellenorganisation der Philippinen. Sie kämpft seit Jahrzehnten für einen islamischen Staat auf der südlichen Insel Mindanao, führt allerdings seit geraumer Zeit Friedens- und Autonomieverhandlungen mit der Regierung in Manila. Anscheinend befürchtet letztere eine Unterwanderung der MILF mit islamischen Extremisten. Nicht zuletzt deshalb sind für Präsidentin Macapagal-Arroyo engere Beziehungen ihres Landes zu den USA wichtig geworden.

Das Bedürfnis nach einem neuen Schulterchluss mit Washington wird von anderen Staaten in Südostasien geteilt. Diese haben wiederholt ihre Solidarität mit den USA er-

klärt und unterdessen einen eigenen “Kampf gegen den Terrorismus” aufgenommen. So wurden in Singapur Anfang Januar 13 mutmaßliche Al Qaida-Anhänger verhaftet, die Anschläge auf US-amerikanische Einrichtungen in dem Stadtstaat geplant haben sollen. Auch in Malaysia inhaftierte man in den letzten Monaten mehrere so bezeichnete militante Islamisten einer Gruppierung namens *Kumpulan Militan Malaysia*, deren Mitglieder mehrheitlich der größten Oppositionspartei PAS angehören. Weil die islamische PAS die beiden Bundesstaaten Kelantan und Terengganu regiert und der Regierung Mahatir schon lange ein Dorn im Auge ist, vermuten viele Beobachter hier eine politische Kampagne – auch wenn einige PAS-Führer nach Beginn der Bombenangriffe auf Afghanistan zum *dschihad* gegen die USA aufgerufen hatten. In Indonesien wiederum erhöhte die Armee nach einer Phase der Zurückhaltung erneut den militärischen Druck auf die Widerstandsbewegung in Aceh, die als terroristische Vereinigung gebrandmarkt wurde.

Diese Aktionen sind vor allem einem innenpolitischen Machtkalkül geschuldet. Begünstigt durch das Bemühen Washingtons um eine internationale Antiterrorcoalition und größere Toleranz für repressive Herrschaftstechniken in den verschiedenen “befreundeten” Staaten der USA, können deren Regierungen missliebige Oppositionsgruppen nun leichter verfolgen als vorher. Aber gleichzeitig sehen die erwähnten Länder – allesamt Mitglieder der ASEAN – auch die Möglichkeit, den “Antiterrorkrieg” für eine neu akzentuierte Westbindung als Gegengewicht zur regionalen Vormacht VR China und für einen Ausbau der Handelsbeziehungen zu den USA zu nutzen. Dies kommt der vor dem 11. September konzipierten asiapolitischen Strategie der Bush-Administration entgegen, die der südost- und nordostasiatischen Region einen hohen Stellenwert in der zukünftigen Außenpolitik Washingtons zuweist und – in deutlicher Absetzung von der Asienpolitik der Regierung Clinton sowie ungeachtet aller jüngster Entspannungsanzeichen – auf ein *containment* der VR China hinausläuft.

Es ist daher fraglich, ob die seit Beginn des Jahres vielerorts postulierte neue Annäherung zwischen der VR China und Washington sehr weit reichen kann. Die Gegensätze zwischen beiden Staaten wiegen schwerer als die Gemeinsamkeiten. Zwar setzt die Bush-Administration auf die Unterstützung der chinesischen Regierung in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus und auf Beijings Bemühen, Nordkorea zu neuen Verhandlungen über seine angeblichen Massenvernichtungswaffen zu bewegen. Auch überschneiden sich die Interessen der USA und der VR China mit Blick auf Kaschmir und eine dauerhafte Entspannung der indisch-pakistanischen Beziehungen sowie hinsichtlich des Wiederaufbaus in Afghanistan und der davon erhofften Auswirkungen auf die Stabilität in Zentralasien. Aber die grundsätzliche Rivalität zwischen den beiden Staaten bleibt bestehen. Die seit dem 11. September sich entfaltende US-Militärpräsenz an den Außengrenzen der VR China; die neue politische Anlehnung der zentral-, süd- und südostasiatischen Staatenwelt an die USA; eine US-Regierung, die unzweideutig Widerstand gegen jeden Versuch einer militärischen Lösung der Taiwanfrage durch Beijing angekündigt hat, und die keine Abstriche von ihren Plänen einer weltraumgestützten Raketenabwehr macht; schließlich die Aufwertung der US-japanischen Sicherheitspartnerschaft und die Entschlossenheit der Regierung Koizumi, die verfassungsmäßig festgeschriebene Selbstverteidigungsdoktrin zugunsten einer offensiveren Außen- und Sicherheitspolitik zu modifizieren – all dies sind Faktoren, die die sino-amerikanischen Beziehungen auf Dauer mehr prägen werden als der einstweilige Antiterrorkonsens und die daraus resultierende

Gipfeldiplomatie in betont freundschaftlicher Atmosphäre. Sollten die USA ihrer unilateralistischen Neigung weiter nachgeben und etwa einen Krieg gegen den Irak beginnen, wird es erneut zu ernststen Spannungen in den Beziehungen zwischen Washington und Beijing kommen.

Mehr Sicherheit in Asien?

Vor diesem Gesamthintergrund kann schwerlich davon gesprochen werden, dass die Folgen des 11. Septembers bisher eine große Friedens- oder Sicherheitsdividende für Asien abgeworfen hätten. Ob sich der für Afghanistan ins Auge gefasste Plan eines stufenweise durchgeführten politischen Neubeginns realisieren lässt, ist derzeit genauso unsicher wie ein entscheidender Sieg gegen den radikal-islamistischen Terror. Demgegenüber droht die Entfaltung eines neuen US-amerikanischen Unilateralismus, der die Antiterrorcoalition bald wieder sprengen könnte – spätestens bei einem Militärschlag gegen den Irak. Die grundlegenden Frontstellungen in Asien haben sich durch den 11. September nur oberflächlich verändert. Vielmehr läuft der gestiegene militärische und politische Einfluss der USA mindestens auf eine Verfestigung der Rivalität zwischen den USA und der VR China einerseits und Russland andererseits hinaus. Die neue Legitimation, mit der tatsächliche oder nur so genannte terroristische Vereinigungen in Asien nach dem 11. September unterdrückt werden, könnte einer Radikalisierung des politischen bzw. islamistischen Widerstands Vorschub leisten, die sich für die Stabilität vieler Staaten kontraproduktiv auswirken dürfte. Da bis auf den schwierigen Fall Afghanistan bisher nicht ersichtlich ist, dass der 11. September auch einen für die langfristig erfolgreiche Bekämpfung des religiös motivierten Terrors unerlässlichen Demokratisierungsschub in Asien ausgelöst hat, könnte es am Ende ungeachtet der konstatierten Kräfteverschiebungen heißen: Trotz des 11. Septembers nicht viel Neues im Osten!

Gunter Schubert